Stadt Wipperfürth

N I E D E R S C H R I F T

Sitzung:	Haupt- und Finanzausschuss III/6
Sitzungstag:	Dienstag, den 22.02.2011
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Straße 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:10 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung

1.1.2. Einwohnerfragestunde

1.2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2011/759

1.3. Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW - entfällt -

1.4. Beschlüsse

1.4.1. Wahl des 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses
Vorlage: V/2011/682

1.5. Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse

1.6. Empfehlungen an den Rat

1.6.1. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: V/2011/677

1.6.2. Investitionsprioritätenliste 2011 - vertagt -
Vorlage: V/2011/678

1.6.3. XXVI. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Wipperfürth
Vorlage: V/2011/668

1.6.4. Shared Services;
Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Straßenunterhaltung, Straßenreinigung, Grünflächenunterhaltung etc. durch die Einrichtung eines gemeinsamen Bauhofes (Anpasung an die Genehmigungsverfügung der Kommunalaufsicht)
Vorlage: V/2011/676
- TOP wurde vertagt; vgl. TOP 1.1.1 -

1.7. Anfragen

1.7.1. Radrennen "Rund um Köln" mit Station in Wipperfürth;
Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 23.01.2011
Vorlage: F/2011/085

1.7.2. Zustand der Straßen in Wipperfürth;
Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 23.01.2011
Vorlage: F/2011/086

1.7.3. DSL-Breitbandversorgung;
Scherkenbach, Friedhelm / CDU-Fraktion, vom 12.02.2011
Vorlage: F/2011/093

1.8. Anträge

1.8.1. Personalentwicklungskonzept;
Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 09.01.2011
Vorlage: A/2011/086

1.9. Mitteilungen

1.9.1. Verkaufsoffene Sonntage im Jahr 2011
Vorlage: M/2010/751

1.9.2. Wirtschaftsförderung und Tourismus in Wipperfürth
Vorlage: M/2011/761

1.9.3. Situation des Tierheims Wipperfürth

1.10. Verschiedenes - entfällt -

2. Nichtöffentliche Sitzung

2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

2.2. Anerkennung der Tagesordnung

2.3. Dringliche Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW - entfällt -

2.4. Beschlüsse

2.4.1. Löschgruppenfahrzeug LF 10/10 für die Löschgruppe Hämmern; Auftragsvergabe
Vorlage: V/2011/667

2.5. Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse - entfällt -

2.6. Empfehlungen an den Rat - entfällt -

2.7. Anfragen - keine -

2.8. Anträge - keine -

2.9. Mitteilungen

2.9.1. Berichterstattung über die Beratungsergebnisse des Unterausschusses "Personal"; Mündlicher Bericht

2.9.2. Situation Alte Drahtziehere - entfällt -

2.9.3. Personalangelegenheit
Vorlage: M/2011/777

2.10. Verschiedenes - entfällt -

Stadt Wipperfürth

A N W E S E N H E I T S L I S T E

zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses,
am *22.02.2011*
von *17:00* Uhr bis *19:10* Uhr

Anwesend:

Vorsitzender		
von Rekowski, Michael	parteilos	Bürgermeister
Ratsmitglieder		
Berster, Heribert	CDU	
Billstein, Regina	SPD	
Blechmann, Karin	SPD	
Bongen, Hermann-Josef	CDU	
Brachmann, Peter	SPD	
Dellweg, Friedel	CDU	
Frielingsdorf, Hans-Otto	UWG	
Grolewski, Joachim	UWG	(für Koppelberg, Harald, (nur öffentliche Sitzung)
Hirsch, Hartmut	CDU	
Klett, Stefan	CDU	
Koppelberg, Harald	UWG	(nur nichtöffentliche Sitzung)
Köser, Andre	CDU	(für Weingärtner, Bastian)
Mederlet, Frank	SPD	
Palubitzki, Lothar	CDU	
Scherkenbach, Friedhelm	CDU	
Schmitz, Andreas	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	
Schnepper, Josef W.	FDP	
Stefer, Michael	CDU	
Stein, Günter	SPD	
Verwaltungsvertreter		
Barthel, Volker	intern	StBD
Hachenberg, Friedrich	intern	StOVR
Willms, Herbert	intern	StOAR
Wollnik, Lothar	intern	StVD
Schriftführer		
Breuer, Reinhard	intern	StAR

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

1.1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung des I. Nachtrags zur Einladung einvernehmlich anerkannt, wobei auf Vorschlag des Bürgermeisters und im Benehmen mit den Fraktionen der TOP 1.6.4 (Shared Services) von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wird, nach dem es laut Bürgermeister **von Rekowski** neue Entwicklungen auf dem Kostensektor gegeben hat und insofern Beschlussreife noch nicht gegeben ist. Zusätzlich wird der TOP 1.9.3 wegen Dringlichkeit der Angelegenheit aufgenommen.

1.1.2 Einwohnerfragestunde

Frau Silke **Schmitz** fragt, ob es nicht möglich ist, dass sich die Stadt Wipperfürth auf Dauer mit einem Euro pro Einwohner an den Betriebskosten für das Tierheim Wipperfürth beteiligen kann. Damit entfiele der jedes Jahr auf Neue entbrennende Kampf um den Erhalt der Einrichtung. Das Engagement vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer mit zahlreichen unentgeltlich geleisteten Arbeitsstunden sei einzigartig.
Eine andere Fragestellerin erklärt eingangs, innerhalb des Tierschutzvereins habe man eine Jugendgruppe aufgebaut, nicht zuletzt auch wegen der sozialen Arbeit, die dort geleistet werde. Sollte das Tierheim geschlossen werden müssen, sei auch diese Gruppe nicht mehr aufrecht zu erhalten. Sie fragt, welche Alternativen es in diesem Falle für die Wipperfürther geben würde, Fundtiere unterzubringen.

StVD **Wollnik** erklärt, Alternativen gebe es in Form anderer Tierheime im Umkreis, wobei die Lage außerhalb des Kreisgebietes unerheblich sei.
Bürgermeister **von Rekowski** erklärt, der Appell sei aufgenommen worden. Das Thema sei auch Gegenstand der angekündigten Mitteilung unter dem neuen TOP 1.9.3. Die Fragestellerinnen sind auf seine Nachfrage hin damit einverstanden, dass die Verwaltung dann ausführlich auch zu ihren Fragen Stellung nimmt.

1.2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2011/759

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.3 Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW

- entfällt -

1.4 Beschlüsse

1.4.1 Wahl des 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses

Vorlage: V/2011/682

Beschluss:

Zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses wird das Ausschussmitglied Heribert Berster gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

****

Zur Wahl vorgeschlagen wird der erste stellvertretende Bürgermeister, Ratsherr Heribert Berster, der im Anschluss an die Beschlussfassung die Wahl annimmt.

1.5 Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse

- entfällt -

1.6 Empfehlungen an den Rat

1.6.1 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen

Vorlage: V/2011/677

Bürgermeister **von Rekowski** erklärt, es gebe dem Vernehmen nach noch Informations- und Beratungsbedarf in den Fraktionen, sodass heute auf eine Vorberatung verzichtet werde. Es seien bisher auch noch keine Anträge der Fraktionen zum Haushalt eingegangen.

Ratsherr **Scherkenbach** regt an, für die Beschlussfassung in der Ratssitzung am 29.03.2011 einen Punkt 4 aufzunehmen, unter dem eine Resolution an das Land Nordrhein-Westfalen verabschiedet werden sollte. Hintergrund sei der Entwurf des Landes zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2011. Würde das Gesetz in der Form verabschiedet, wie es jetzt vorliege, bringe es den Kommunen im ländlichen Raum erhebliche Nachteile. Man könne davon ausgehen, dass die Stadt Wipperfürth beispielsweise eine Million Euro weni-

ger erhalte. Rund 133 Millionen Euro würden zulasten des ländlichen Raumes in die Ballungsräume fließen. In einer ganzen Reihe von Räten seien entsprechende Resolutionen bereits verabschiedet worden. Die Gemeinde Lindlar erwäge sogar eine Klage gegen das Land.

Ratsherr **Mederlet** erklärt, die SPD-Fraktion habe kein Problem damit, die Verwaltung mit der Vorbereitung einer entsprechenden Resolution zu beauftragen. Natürlich sei für die Stadt jeder Euro zu viel, den man weniger bekomme. Allerdings sei auch der Bund für die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen mitverantwortlich, ganz unabhängig von gerade aktuellen Mehrheiten. Auch die Hartz-4-Gesetzgebung etwa habe damit zu tun. Das GFG 2011 sei noch nicht beschlossen. Die Modellrechnung müsse man auch mit vergleichbaren Zahlen rechnen. Die Gemeinde Lindlar habe sich an einer Klage mit insgesamt 91 Kommunen beteiligt gegen das Gesetz zur Abrechnung der Lasten der Deutschen Einheit. Insofern bitte er darum, in den Resolutionsentwurf alle Aspekte der allgemeinen kommunalen Finanzausstattung mit einfließen zu lassen. Die Grundlagen zur Gemeindefinanzierung müssten hinterfragt werden, zum Beispiel fiktive Hebesätze.

Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, er habe die Hoffnung, dass alle Fraktionen an einem Strang ziehen. Bezogen auf das GFG sollten auch Aspekte wie flächengroße und schülerstarke Gemeinde berücksichtigt werden.

Eine förmliche Abstimmung findet nicht statt.

1.6.2 Investitionsprioritätenliste 2011

Vorlage: V/2011/678

Wie TOP 1.6.1 wird auch dieser Tagesordnungspunkt, der in engem sachlichen Zusammenhang mit der Haushaltsberatung bzw. -verabschiedung steht, vertagt.

1.6.3 XXVI. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Wipperfürth

Vorlage: V/2011/668

Beschluss:

Die XXVI. Änderungssatzung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Wipperfürth (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) sowie die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenbedarfsermittlung für das Haushaltsjahr 2011 werden in der beiliegenden Fassung *) mit Wirkung vom 01. Januar 2011 beschlossen.

*) siehe Anlagen 1 und 2 zur Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.6.4 vertagt; vgl. TOP 1.1.1

1.7 Anfragen

1.7.1 Radrennen "Rund um Köln" mit Station in Wipperfürth;
Anfrage des Ratsherrn Frank Mederlet / SPD-Fraktion, vom 23.01.2011
Vorlage: F/2011/085

Die Anfrage und die Antwort der Verwaltung waren Bestandteile der Einladung.

Bürgermeister **von Rekowski** und **StVD Wollnik** informieren über den geplanten organisatorischen Ablauf (Durchfahrt des Fahrerfeldes, Rahmenprogramm), den Zwischenstand der erforderlichen Spendeneinnahmen und den Stand an Zusagen ehrenamtlicher Helfer. Beide werben dafür, dass möglichst viele interessierte Wipperfürtherinnen und Wipperfürther die Fahrtstrecke säumen sollten. Auch die Vereine könnten sich am Rahmenprogramm beteiligen und Einnahmen generieren. Die Berücksichtigung Wipperfürths bei der Streckenplanung sei eine gute Werbung für die Stadt. Auch andere Städte, die sich schon mehrfach beteiligten, hätten der Verwaltung zugeraten.

Ratsherr **Mederlet** bittet darum, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Sport, Freizeit und Kultur ein Erfahrungsbericht erstattet wird.

1.7.2 Zustand der Straßen in Wipperfürth;
Anfrage des Ratsherrn Frank Mederlet / SPD-Fraktion, vom 23.01.2011
Vorlage: F/2011/086

Die Anfrage und die Antwort der Verwaltung waren Bestandteile der Einladung.

Ratsherr **Mederlet** erklärt, Hintergrund für seine Anfrage, auch im Vorfeld der Haushaltsverabschiedung 2011, sei der wiederum harte Winter gewesen. Für die SPD-Fraktion liege der Schwerpunkt auf der Erledigung notwendiger Reparaturen. Es zeige sich anhand der Antwort, wie preisgünstig der Bauhof arbeiten könne und wie gut es sei, den Fertiger zu haben.
Was für die Stadt finanzierbar sei, seien Aufwendungen in Höhe von 170.000 bis 200.000 Euro, benötigt würden eigentlich mehrere Millionen Euro.

1.7.3 DSL-Breitbandversorgung;
Anfrage des Ratsherrn Friedhelm Scherkenbach / CDU-Fraktion, vom 12.02.2011
Vorlage: F/2011/093

Die Anfrage und die Antwort der Verwaltung waren Bestandteile der Einladung.

Ratsherr **Scherkenbach** weist auf die Notwendigkeit einer ausreichenden Breitbandversorgung für alle hin, insbesondere durch Hinweis auf die vielen Schüler und Gewerbebetriebe, die heute nicht mehr auf einen Internetanschluss verzichten können. Er fragt, warum die Gemeinschaftsgrundschule Kreuzberg nicht auf das Projekt Telekom@school zugreifen kann.

Die Bereiche Hämmern und Thier stünden nach dem Gebiet Kreuzberg/Kupferberg/ Egen vor der Erledigung. Zum Bereich Agathaberg/Dohrgaul wisse man derzeit leider noch nicht, wie es weiter geht. Insbesondere sei kritisch, dass die Fördermittel noch in diesem Jahr fließen sollten, aber die Aufnahme der Arbeiten noch nicht absehbar sei.

Er fordere die Verwaltung auf, hier weiter mit allem Nachdruck an der Sache zu blieben und den Rat zur Sitzung am 29.03.2011 über den dann aktuellen Sachstand zu informieren.

Bürgermeister **von Rekowski** sagt dies zu; mit der Schulleiterin in Kreuzberg sei die Verwaltung in Kontakt.

1.8 Anträge

1.8.1 Personalentwicklungskonzept;
Antrag des Ratsherrn Frank Mederlet / SPD-Fraktion, vom 09.01.2011
Vorlage: A/2011/086

<u>Beschluss:</u>

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat bis zur Sitzung am 29. März ein Personalentwicklungskonzept vorzulegen, das, ausgehend von der Ist-Situation, Perspektiven der Personalentwicklung in kurz-, mittel- und langfristigen Zeitfenstern aufzeigt. Zu berücksichtigen sind dabei jeweils die derzeitigen vier Fachbereiche mit den einzelnen Fachämtern.
Ebenfalls sind Perspektiven der Personalentwicklung unter Einschluss der bereits beschlossenen (u.a. Gebäudemanagement, Forderungsmanagement) und in Zukunft bevorstehenden Maßnahmen (Bauhof) von shared services einzuschätzen und Personalplanungen (Personalbedarfe) zu prognostizieren (Soll-/Ist-Vergleich).
Insbesondere im Fachbereich 2 bei der Stadt- und Raumplanung sind kurz-

und mittelfristige Maßnahmen vorzuschlagen bzw. zu referieren, was bisher unternommen wurde, um die Aufgabenwahrnehmung auch perspektivisch noch gerecht werden zu können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Stimmenthaltung

****

Der Antrag der SPD-Fraktion war gemeinsam mit der Stellungnahme der Verwaltung Bestandsteil der Einladung.

Ratsherr **Mederlet** erklärt, es sei offensichtlich nicht deutlich geworden, was die SPD-Fraktion mit dem Antrag bezwecken wolle. Die Stellungnahme sei ein Versuch der Belehrung. Es sei seiner Fraktion ein Anliegen, darzustellen, dass die Stadt Wipperfürth eine schwierige personelle Situation zu bewältigen habe, zum Jahreswechsel 2010/2011 gebe es insbesondere innerhalb des Fachbereichs II deutliche Probleme.

Es gehe gleichermaßen um Personalentwicklung und um Personalbedarfsplanung. Die Frage stelle sich, welche Ziele die Stadt habe bezüglich des Umfangs und der Qualität ihrer Aufgaben. Es gehe aber auch um organisatorische Fragen. Sie habe pflichtige und nicht pflichtige Aufgaben. Es fehle an einer Perspektive über mehrere Jahre hinweg.

Das geforderte Konzept müsse nicht zwingend bis zum 29.03.2011 fertig sein. Es müsse überlegt werden, wie es im Fachbereich II weiter gehen könne, in dem viele Dinge unerwartet zusammen gekommen seien. Mit diesen Fragen sollte der Rat auch systematisch befasst werden.

Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, auch seine Fraktion habe in der Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Aufstellung einer Personalbedarfsplanung zugestimmt. Die Kommunalaufsicht frage auch nach dezidierten Personalplanungen. Er fragt, ob es ein Risikomanagement gibt und was passiert, wenn weitere Stellen wegfallen. Die CDU-Fraktion schließe sich dem Antrag der SPD-Fraktion an.

Bürgermeister **von Rekowski** teilt mit, die Kommunalaufsicht verlange in Phasen des Nothaushaltsrechts Konzeptionen insbesondere dann, wenn Wiederbesetzungen anstehen würden. Bestimmte Stellen könnten in Qualität und Umfang nicht so nach besetzt werden, wie sie bis zu diesem Zeitpunkt besetzt gewesen seien. Generell gebe es eine Wiederbesetzungssperre für ein Jahr. Wenn das Erfordernis einer schnelleren Wiederbesetzung durch die Stadt begründet werden könne, verkürze die Aufsichtsbehörde diese Frist.

Auch in den Vorjahren, in denen ebenfalls bereits Haushaltssicherungskonzepte aufzustellen gewesen seien, sei Stellenabbau betrieben worden, um damit einen wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu erbringen. Zur Erledigung vieler Verwaltungsaufgaben sei dadurch mehr und mehr nur eine bestimmte Person in der Lage; Aufgabenumverteilungen seien dann kaum mehr möglich.

Was die Gespräche mit der Kommunalaufsicht bezüglich der Planungsabteilung angehe, sei die Verwaltungsführung erfolgreich gewesen, wie bereits in der Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses dargestellt worden sei. Die Personalbedarfsplanung habe die Verwaltung im Auge, einschließlich der Ausbildung von Nachwuchskräften und der Fortbildungsmaßnahmen.

Ratsherr **Schmitz** erklärt, der Antrag der SPD-Fraktion sollte schon ernst genommen werden; die Verwaltung habe in dieser Beziehung noch einen gewissen Nachholbedarf. Aus seiner Sicht sei aber zunächst einmal die Politik gefordert bei der Festlegung, was Umfang und Qualität der zu erledigenden Aufgaben angeht. Sein Vorschlag gehe dahin, in einem ersten Schritt in den Haushaltsberatungen zu sagen, welche Projekte durchgeführt werden sollen. Die Zeitvorgabe 29.03.2011 sei utopisch.

Ratsherr **Mederlet** erklärt, die SPD-Fraktion halte ihren Antrag aufrecht. Zur Frist 29.03.2011 sei festzuhalten, dass es ja angeblich bereits Teilkonzepte gibt. Auch Ziele zur Aufbau- und Ablauforganisation sollten erarbeitet werden. Ähnlich wie bei der Umsetzung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements sei auch hier eine schrittweise Umsetzung denkbar. Entscheidend sei die Frage, was die Stadt mit welcher Personalausstattung an Zielen erreichen könne; dies auch vor dem Hintergrund der Anforderungen, die an sie als Mittlere kreisangehörige Gemeinde gestellt werden.

1.9 Mitteilungen

1.9.1 Verkaufsoffene Sonntage im Jahr 2011
Vorlage: M/2010/751

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die Bestandteil der Einladung ist, nimmt der Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis.

1.9.2 Wirtschaftsförderung und Tourismus in Wipperfürth
Vorlage: M/2011/761

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung war Bestandteil der Einladung.

Ratsherr **Schnepper** stellt dar, welch geringe Stellenanteile der Haushalt in den Bereichen Wirtschaftsförderung und Tourismus ausweist. Es könne nicht sein, dass Wipperfürth so wenig tue in diesen wichtigen Aufgabenfeldern. Er appelliere daran, hier viel mehr zu tun; in den Nachbargemeinden werde in dieser Beziehung mehr geleistet. Die FDP-Fraktion werde weiter Anträge und Anfragen zu diesem Themenbereich stellen. Die WEG werde eine halbe Stelle für Wirtschaftsförderungsaufgaben einrichten.

Bürgermeister **von Rekowski** erklärt, die Stadt tue bereits eine ganze Menge in diesem Bereich, was auch die Vorlage deutlich mache. Sicher könnte die

Situation noch besser sein, wenn weitere Stellenanteile möglich wären. Die Tourismusförderung sei eine freiwillige Leistung. Dennoch erledige die Stadt viele Aufgaben in dieser Beziehung.

Ratsherr **Mederlet** erklärt, er sei nicht der Meinung, dass durch mehr Stellen zwangsläufig mehr erreicht wird. Die Kommunalaufsicht betrachte den Tourismus offensichtlich leider nicht als wichtigen Wirtschaftsfaktor. Auch in Wipperfürth habe es lange gedauert, bis alle einschließlich der Gastronomen selbst das Potential eines gemeinschaftlichen Vorgehens erkannt hätten.

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung sei nicht ausführlich genug. Es werde noch viel mehr getan, als hier dargestellt worden sei. Schöner wäre es gewesen, die Leistungen etwa der WEG mehr heraus zu stellen. Man könne durchaus stolz darauf sein, welch gute Arbeit die WEG, das Wirtschaftsforum und der Wirtschaftsbeirat leisteten. Die Gewerbelotsin sei leider „von Bord gegangen“. Die Aufgabe bestehe aber weiterhin. Ebenfalls sehr wichtig sei die Zertifizierung der Stadt als mittelstandsfreundliche Kommune. Die interkommunale Zusammenarbeit sollte auch nicht unerwähnt bleiben. Am Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach halte die Stadt ebenfalls Anteile; diese Einrichtung sei ebenso erwähnenswert wie die Abteilung Gummersbach der Fachhochschule Köln. Es gebe in Wipperfürth Kooperationen der Wirtschaft mit den örtlichen Gymnasien, der Real- und der Hauptschule ebenso wie mit dem Berufskolleg. Dies alles könne nicht festgemacht werden an Stellenanteilen der Stadt. Die aufgezählten Leistungen im Bereich der Wirtschaftsförderung müsste auch hier noch einmal ausführlicher diskutiert werden.

Ratsherr **Scherkenbach** ergänzt, auch eine ganze Reihe von Gewerbegebieten seien in Wipperfürth neu ausgewiesen oder erweitert worden.

1.9.3 Situation des Tierheims Wipperfürth

StVD **Wollnik** teilt mit, nach einem Vertrag von April 2001 zahle die Stadt Wipperfürth wie die drei Kommunen Lindlar, Engelskirchen und Marienheide auch einen Zuschuss an den Tierschutzverein von 0,50 DM bzw. 0,26 €. Gezahlt werde dieser Pauschalbetrag für zwei konkrete Aufgaben der Ordnungsbehörde, nämlich für die Aufnahme und Betreuung von Fundtieren und für die Aufnahme und Betreuung von Tieren, die im Rahmen der Gefahrenabwehr unterzubringen seien.

Es gebe keine rechtliche Verpflichtung der Stadt, zur laufenden Unterhaltung und zur Sicherung von Tierheimen allgemeine Betriebskostenzuschüsse zu zahlen. Denn für den allgemeinen Tierschutz seien nach Tierschutzgesetz und Ausführungsgesetz die Kreise und kreisfreien Städte zuständig. Beim Oberbergischen Kreis liege die Zuständigkeit beim Kreisveterinäramt. Alles, was somit über den pflichtigen Aufgabenbereich der Stadt hinausgehe, sei somit eine freiwillige Leistung.

Am 11. Januar habe das Tierheim bei allen vier Bürgermeistern eine deutliche Erhöhung des Zuschusses auf möglichst einen Euro pro Einwohner erbeten. Am 7. Februar habe in Wipperfürth ein gemeinsames Gespräch der vier Ordnungsämter und des Kreisveterinäramtes stattgefunden, was anschließend mit den Vertretern des Tierheims fortgeführt wurde. Konkrete Finanzierungsangebote hätten nicht unterbreitet werden können, zumal alle vier Kommunen den kommunalaufsichtlichen Vorgaben unterlägen. Die Kommunalaufsicht fordere zur Freigabe höherer Zuschüsse ein Gesamtkonzept. Um ein solches abzusprechen und zu erstellen, seien die Bürgermeister zu einem Spitzengespräch am Montag, den 28. Februar, nach Wipperfürth eingeladen. Mit der Vereinbarung aus diesem Gespräch werde die Kommunalaufsicht eingeschaltet.

Seit dem Hilferuf des Tierheims habe die Verwaltung auf vielen Ebenen versucht, ihm Hilfen zu vermitteln, und zwar völlig unabhängig von der Frage eventueller Zuständigkeiten. Beispielhaft seien Gespräche mit der Darlehen gewährenden Bank, dem Tierarzt, dem Verpächter oder auch dem Energieversorger genannt. Die Verwaltung arbeite sehr eng mit dem Tierschutzverein zusammen, So seien z.B. Firmenmitgliedschaften angeregt worden. Vom Steuerberater bekomme die Stadt die Unterlagen für die Jahre 2009 und 2010, um vielleicht Einsparpotentiale bei den Betriebskosten aufzuzeigen. Für sein vielseitiges Engagement und seine unzähligen Gespräche sei er insbesondere Herrn Bürger sehr dankbar, der viel Herzblut in diese Angelegenheit gesteckt habe.

Die Verwaltung arbeite enorm viel im Stillen. Deshalb müsse er auch die teils unsachlichen Vorwürfe in diversen Leserbriefen in der BLZ, so wie etwa am heutigen Sitzungstage, zurückweisen. Hier habe es geheißen, der Verwaltung sei das Tierheim egal. Hungrige und kranke Tiere würden auch künftig keine Gäste in Biergärten und Eiscafes oder Kinder auf Spielplätzen belästigen, weil die Tiere im Falle der Schließung des Heimes in Kaplansherweg anderweitig untergebracht werden.

So weit wollten es die Beteiligten jedoch durch gemeinsame Anstrengungen nicht kommen lassen. Das Tierheim in Kaplansherweg gehöre zu Wipperfürth, nicht nur wegen der Unterbringung der Tiere, sondern auch. weil dort enorm viel ehrenamtliche Arbeit geleistet werde und nicht zuletzt, weil es dort Arbeitsplätze unter anderem für Personen gebe, die auf dem freien Arbeitsmarkt nur schwer vermittelt werden könnten. Die Verwaltung versuche deshalb im ständigen Dialog mit den Verantwortlichen des Tierschutzvereins alles, was möglich sei.

Ratsherr **Mederlet** erklärt, nach seinem Eindruck sei die Verwaltung sehr an einer Lösung interessiert. Dank gelte aber auch allen ehrenamtlich Tätigen für ihren Einsatz. Nicht nur in diesem Bereich bedeute deren Arbeit eine Entlastung für die Stadt. Es gelte, den Standort Wipperfürth für das Tierheim nachhaltig zu sichern. Allerdings liege es nicht an Wipperfürth allein.

1.10 Verschiedenes - entfällt -

2 Nichtöffentliche Sitzung

Michael von Rekowski - Bürgermeister -	Reinhard Breuer - Schriftführer -